

### Ich bitte um ...

- die regelmäßige Zusendung der Zeitung „TiVoLi“
- den „TiVoLi“-Newsletter
- die Zusendung des „TiVoLi“-Newsletters
- eine Probenummer der KJÖ-Zeitung „vorneweg“
- eine Probenummer der GLB-Zeitung „die arbeit“
- eine Probenummer der Zeitung „volksstimmen“
- persönliche Kontaktaufnahme.

Ausschneiden und ans TiVoLi, Postfach 816, 6023 Innsbruck senden.

# Swarovski Wattens: Quadratur des Kreises

**Die LandespolitikerInnen jubeln, dass in Tirol die Arbeitslosigkeit sinkt. In Wattens gehen die Uhren anders, bei Swarovski werden in Zukunft 450 Frauen und Männer weniger einen Arbeitsplatz finden.**

Nachdem im ersten Quartal des heurigen Jahres bereits 170 befristete Arbeitsverhältnisse nicht verlängert wurden, und weitere Kündigungen ständig im Raum standen, haben die 6600 Beschäftigten am Swarovski-Standort Wattens schon seit Wochen gezittet. Nun ist es Gewissheit: Das Tiroler Industrieunternehmen baut weitere 280 Arbeitsplätze ab. Zusammen also 450!

Das obwohl der Konzern im Vorjahr nach eigenen Angaben einen Umsatz von 2,56 Milliarden Euro hatte. Das obwohl der Konzern am Standort Wattens den größten Teil seiner Wertschöpfung erwirtschaftet hat. Das obwohl der „Swarovski-Clan“ zu den

reichsten Tiroler Familien gehört und laut „trend“ mit ein Vermögen von 2,2 Milliarden Euro steuerschonend in eine Privatstiftung versteckt hat.

Swarovski begründet die Arbeitsplatzvernichtung mit dem schwachen Dollarkurs und der Billigkonkurrenz in Ägypten und China. „Die Ausreden auf den Weltmarkt sind wenig stichhaltig, ist doch die im Besitz der Familien Swarovski, Weiss und Frey stehende Swarovski-Gruppe mit Swarovski, Swarovski Optik, Tyrolit, Swareflex und Signity längst selbst eine „Heuschrecke“ die mit Produktionen in Billiglohnländern die eigenen Standorte in

Österreich konkurrenziert“, ärgert sich der KPÖ-Kandidat und Linksgewerkschafter Josef Stingl. Ebenso ärgere ihm, dass sich außer der KPÖ weder Gewerkschaft noch eine andere Partei öffentlich gegen den Arbeitsplatzabbau aufgetreten ist.

Noch gefährlicher ist für den KPÖ-Kandidaten „die Drohung“, dass einige Beschäftigte in Schwesternfirmen übergeführt werden sollen. „Nehmen diese dann ihre arbeitsrechtlichen An-

sprüche (Abfertigung etc.) mit oder fangen sie wieder bei Null an? Und die sich gegen eine Versetzung aussprechen, müssen sie dann `einvernehmlich` kündigen? So könnte man zumindest die Äußerung des Betriebsrates Willi Greuter verstehen, dass es zu **keinen Kündigungen im herkömmlichen Sinn** kommen soll, statt dass er sich mit der Gewerkschaft für den Kampf um jeden Arbeitsplatz zu rüstet.“



[www.glbtirol.info](http://www.glbtirol.info)



[glb@imzoom.info](mailto:glb@imzoom.info)

## Termine:

10. 6, 18.30 Uhr - Diskussion mit Rudi Weiss Das Schengenwunder - Die Hintergründe der Transitproblematik, IBK, KPÖ, Gumpstr. 36.

23. bis 29. 6 - Eintragungswoche des Volksbegehren „fairSORGEN“ - Auf zu deiner Gemeinde und deine Unterschrift gegen den Regress bei der Grundsicherung leisten.



# Es ist genug für alle da

**Am 8. Juni 2008 wählt Tirol einen neuen Landtag. So wie im Bund demonstrieren die etablierten Parteien auch im Land in der Öffentlichkeit angeblich unüberbrückbare Gegensätze um ihre zunehmende Austauschbarkeit zu überspielen. Entgegen den wortgewaltigen Schaumschlägereien von van Staa über Gschwentner bis zum „Rebellen“ Dinkhauser hat die Landespolitik jedoch heute realpolitisch immer weniger zu sagen.**



In der Mitte des Bildes KJÖ/KPÖ-Spitzenkandidat Julian Nothdurfter (18), links davon die Listenzweite Hediye Dikme (26) und rechts davon der Listendritte Lukas (Hasi) Haslwanter (18)

Wesentliche politische Kompetenzen sind mit Zustimmung der österreichischen Politik an die EU abgegeben worden. Auch bei dieser Landtagswahl geht es daher letztlich um die großen allgemeinen Fragen. Eine Unterscheidung zwischen dem was die Parteien im Land und was sie im Bund machen ist daher weder möglich noch sinnvoll.

Die kapitalistische Globalisierung ordnet auch in Österreich alle Lebensbereiche den Profitinteressen unter und demontiert soziale Errungenschaften. Die EU ist nicht die Antwort auf diese Globalisierung, das „Europa der Konzerne“ ist vielmehr ein treibender Teil derselben. Daher lehnen wir auch den EU-Vertrag ab.

Die rasante Entwicklung der Produktivität führt zu immer größerer Macht der internationalen Konzerne. Auch in Tirol ist der Gegensatz zwischen einer Minderheit von Reichen und einer immer größeren Zahl durch Armut betroffener Menschen gewachsen. Die fünf reichsten Tiroler Familien besitzen soviel wie die Hälfte aller Berufstätigen des Landes. Während MillionärInnen vom Schlage Swarovski in Saus und Braus leben, wissen viele ArbeiterInnen, Angestellte, PensionistInnen, Alleinerziehende und MigrantInnen nicht wie sie ihre Wohnung und das tägliche Leben finanzieren sollen.

Dem zaghaften Wirtschaftsaufschwung droht jetzt durch Turbulenzen an den Börsen und immer weniger beherrschbare Prozesse am Finanzmarkt schon wieder das Aus. Eine anhaltend hohe Sockelarbeitslosigkeit und eine wachsende Prekarisierung durch die rapide Zunahme atypischer Arbeitsverhältnisse verbunden mit Lohndumping und Sozialabbau verunsichern die Menschen.

Seit Jahren greift die „soziale Kälte“ um sich: Obwohl Österreich das viertreichste Land der EU ist, wollen uns Politik, Medien und Experten einbläuen, dass soziale Leistungen nicht mehr finanzierbar seien. Eigenvorsorge und Verzicht wird gefordert. Almosenverteilung soll verhindern, über die Hintergründe nachzudenken.

Viele Menschen resignieren als Reaktion auf die neoliberale Politik, sie gehen nicht mehr zur Wahl. Das macht die herrschenden Parteien aber nur stärker. Für sie ist es ein Wahlsieg, wenn die Unzufriedenen nicht wählen. Die Nicht-wählerInnen wären die stärkste Partei im Lande, sie bewirken aber überhaupt nichts.

Die Konzerne und die Reichen sind durch die etablierten Parteien hinreichend politisch vertreten. Die Lohnabhängigen haben hingegen zunehmend keine öf-

fentlich hörbare Stimme mehr. Die Jugendliste von KJÖ und KPÖ will hingegen den Menschen zeigen, dass es wieder Sinn hat, wählen zu gehen. Dem Argument der „verlorenen Stimme“ halten wir entgegen: Verloren ist eine Stimme, wenn sie im Vertrauen auf die Wahlversprechen abgegeben wird, die sich nach der Wahl als Schall und Rauch erweisen.

Die Linkspartei KPÖ ist die Alternative zur neoliberalen Politik. Es ist kein Zufall, dass der Politologe Anton Pelinka die KPÖ als die einzige Partei sieht, die zu ihren Werten steht. Wir wollen unter dem Motto „Es ist genug für alle da“ einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und EU-Politik. Wir wollen die Menschen darüber hinaus ermutigen, für ihre Interessen selbst einzustehen und aktiv zu werden. Kommunistische MandatarInnen und AktivistInnen zeigen vor, dass es auch anders geht. Für sie stehen die täglichen Anliegen der Menschen im Vordergrund. Für sie ist soziale Verantwortung kein leeres Schlagwort.

Mit ihrem Wahlprogramm für Bildung und Arbeit macht die KJÖ/KPÖ Jugendliste bei dieser Landtagswahl Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit und für eine Umverteilung von oben nach unten. Wir wollen die Steuerlast ebenso wie die Arbeitszeit umverteilen. Wir wissen, dass es nicht leicht ist, diese Vorschläge auch

durchzusetzen. Das geht nur, wenn viele Menschen gemeinsam handeln.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, öffentliches Eigentum, die Interessen der Frauen und die Neutralität stehen im Zentrum unserer Politik. Wir sind die linke Opposition gegen die herrschende, neoliberale Politik. Wir wenden uns an alle Menschen, die zunehmend genug von einer Politik der „sozialen Kälte“, des schrankenlosen Wettbewerbs haben.

Wir wollen die Macht des Kapitals zurückdrängen. Wir verbinden progressive Reformpolitik mit grundlegender Kritik am Kapitalismus. Gesellschaftliche Alternativen sind kein Tabu, eine andere Politik ist möglich und machbar. Wir wollen gemeinsam mit anderen eine soziale Alternative zur neoliberalen Einheitspolitik entwickeln.

Die Zugewinne bei fast allen Wahlen der letzten Jahre, vor allem der Einzug in den steirischen Landtag 2005, die deutlichen Gewinne bei der Wiener Wahl 2005 und das gute Abschneiden bei der Nationalratswahl 2006 sind ein Zeichen dafür, dass die KPÖ wieder verstärkt gefragt ist. Erstmals seit 1961 kandidiert die KPÖ als „Jugendpolitischen Liste mit der Kommunistischen Jugend (KPÖ)“ bei dieser Landtagswahl landesweit in allen Wahlkreisen. Eine Stärkung der KPÖ bei der Tiroler Landtagswahl stärkt auch die sozialen Kräfte außerhalb des Landtages und der Parteien.